

Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag
Volker Kauder, MdB

Volker Kauder (mit Beifall begrüßt): Herr Tagungspräsident! Liebe Delegierte! Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Vor knapp einem Jahr hat das britische Magazin „Economist“ mit einer großen Geschichte über Deutschland aufgemacht. „Warten auf ein Wunder“ lautete die Überschrift. Der Bericht war düster. Man traute unserem Land nichts zu.

Am vergangenen Freitag titelte die „Bild“-Zeitung auf der ersten Seite „Neues Wirtschaftswunder“. Der Bericht strotzt vor Optimismus. Von Bedenken keine Spur mehr. So schnell können sich die Zeiten ändern. So schnell ändern sich die Zeiten, wenn die Union im Bund wieder regiert, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Deutschland wird seit einem Jahr von der Union regiert und schon geht es wieder aufwärts. In diesem einen Jahr verzeichnen wir eine Wende zum Besseren. Wer hätte daran im November 2005 geglaubt? Bereits nach zwölf Monaten bewahrheitet sich ein Satz, mit dem wir in den vergangenen Jahren in vielen Ländern Wahlkampf gemacht haben, den die Menschen als richtig erkannt haben und der nun auch im Bund gilt: Dort, wo die Union regiert, geht es aufwärts. Dort, wo die Union regiert, geht es dem Land und den Menschen einfach wieder besser.

(Beifall)

Es wird wieder investiert in unserem Land. Die Zahl der Arbeitslosen ist zurückgegangen. Noch vor einem Jahr haben wir plakatiert: Jeden Tag gehen 1 000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse verloren. – Jetzt ist genau das Gegenteil zu registrieren: Jeden Tag entstehen 1 000 neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Die Bundesagentur für

Arbeit meldet 825 000 offene Stellen. Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung wird Anfang 2007 um 2,3 Prozent gesenkt.

Kommentar [jg1]:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, das ist unser Erfolg. Das ist der Erfolg der von der Union geführten Bundesregierung und das ist vor allem der Erfolg unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel.

(Lebhafter Beifall)

Ich sage aber zugleich: Das ist auch der Erfolg der gemeinsamen Fraktion aus CDU und CSU. Wir haben in den letzten zwölf Monaten unseren Beitrag dazu geleistet, dass die Regierung erfolgreich arbeiten konnte. Manches ist uns dabei nicht leicht gefallen. Wir haben aber gewusst: Wir müssen als Fraktion unseren Beitrag dazu leisten, dass diese Regierung erfolgreich arbeiten kann. Deswegen sage ich meinen Kolleginnen und Kollegen einen herzlichen Dank, die in den vergangenen zwölf Monaten ein großartiges Beispiel an Geschlossenheit und Handlungsfähigkeit gezeigt haben. Ich sage auch meinem ersten Stellvertreter Peter Ramsauer von der CSU, der heute Morgen hier ist, herzlichen Dank. Herzlich willkommen, lieber Peter Ramsauer!

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Große Koalition ist das Ergebnis der letzten Bundestagswahl. Wir haben uns entschlossen, diese Große Koalition auch anzunehmen. Wir wollen deshalb auch den Erfolg der Großen Koalition. Ich sage Ihnen voraus: Unsere Chancen, bei der nächsten Bundestagswahl erfolgreich abzuschneiden, hängen ganz entscheidend davon ab, dass wir den Menschen sagen können: Wir haben erfolgreich regiert, und wir haben für dieses Land etwas erreicht. – Deshalb wollen wir den Erfolg dieser Regierung und den Erfolg von Angela Merkel.

(Beifall)

Wir haben uns in vier Punkten vorgenommen, das Land zu verändern und zu zeigen, dass die Union regiert. Erstens: Wir machen den Staat effizienter. Es wird immer

wieder gefragt, wo eigentlich das Profil der Union in der Großen Koalition sichtbar sei. Diese Frage wird uns immer wieder gestellt. Ein zentrales Thema bei der letzten Bundestagswahl war, dass die Sozialdemokraten – das haben wir immer gesagt – mit dem Geld nicht umgehen können. Dort, wo Sozialdemokraten regieren, steigen die Schulden und geht die Verschuldung nicht zurück. Deswegen gehört es zum Profil der Union, dass wir gesagt haben: Wir sorgen dafür, dass die öffentlichen Haushalte wieder in Ordnung kommen. Kaum sind wir ein Jahr an der Regierung, da können wir feststellen: Im Jahre 2007 wird es die geringste Nettokreditneuaufnahme seit der deutschen Wiedervereinigung geben. Die Neuverschuldung wird fast um die Hälfte gesenkt. Das ist das Profil der Union. Wir führen die Haushalte wieder auf die Verfassungsmäßigkeit zurück. Wir führen die Haushalte wieder darauf zurück, dass sie die Stabilitätskriterien von Maastricht erfüllen. Das haben Sozialdemokraten, Rote und Grüne, in sieben Jahren nicht erreicht. Ein Jahr Regierung der Union und die Haushalte kommen wieder in Ordnung – das ist unser Profil, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Viele von uns sind seit Jahrzehnten in der Politik tätig, und so lange reden wir auch schon vom Bürokratieabbau. Viele von uns haben sich schon gar nicht mehr getraut, diesen Begriff in den Mund zu nehmen, weil die Bürokratie in Europa und bei uns immer mehr zugenommen hat. Jetzt machen wir mit dem Bürokratieabbau ernst. Die Bundesregierung hat einen Normenkontrollrat eingerichtet, der alle Gesetze überprüfen wird. Im nächsten Jahr wird bei jedem neuen Gesetz, das durch den Bundestag geht, zum ersten Mal vorn auf dem Deckblatt stehen, wie viel Bürokratiekosten dieses Gesetz verursacht. Das ist die beste Möglichkeit, Bürokratie abzuschaffen. Kein Abgeordneter wird im Deutschen Bundestag einem Gesetz zustimmen, auf dessen Deckblatt steht, dass Kosten in Höhe von mehreren Hundert Millionen Euro für Bürokratie entstehen werden. So bauen wir Bürokratie endlich ab, entlasten den Mittelstand und machen den Staat effizienter.

Damit sind wir bei einem Thema, das vorhin gerade diskutiert worden ist. Bürokratie abbauen heißt den Staat schlanker machen. Für Sozialdemokraten ist das ein ganz furchtbares Wort. Wenn sie „weniger Staat, weniger Bürokratie“ hören, bekommen

sie feuchte Hände. Auch „mehr Freiheit“ ist ein furchtbares Wort für die Sozialdemokraten. Wir sagen: Wir führen den Staat dort zurück, wo er die Menschen behindert, wo er Eigeninitiative behindert und wo er die Wirtschaft behindert. Dort, wo der Staat Aufsichtspflichten hat, muss der Staat aber stark bleiben. Das bedeutet ein Zurückführen des Staates; dort, wo der Staat Aufsichtspflichten hat, wollen wir ihn aber stark machen. Auf diese Weise wollen wir den Staat effizienter machen.

(Beifall)

Das zweite Thema ist, dass wir den Standort Deutschland stärken wollen. Wir haben damit begonnen, für die Wirtschaft wirklich etwas zu tun. Wir wissen, dass es gerade für den Mittelstand existenziell notwendig ist, dass wir Steuern und Lohnzusatzkosten senken. Deswegen führen wir eine Steuerreform durch, die vor allem dem Mittelstand dient. Wir führen eine Unternehmenssteuerreform durch, die den Mittelstand mit den großen Kapitalgesellschaften gleichstellt. Das ist Profil der Union, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Wir führen auch eine Erbschaftssteuerreform durch, die dem Mittelstand entgegenkommt. Wenn immer nach dem Profil der Union in der Großen Koalition gefragt wird, so möchte ich hier darauf verweisen, dass bei den genannten beiden Themen, bei der Erbschaftssteuerreform und der Unternehmenssteuerreform, bei den Sozialdemokraten die Hütte brennt. Viele Sozialdemokraten haben noch nicht den Unterschied zwischen Steuersenkungen für Unternehmen und Steuersenkungen für Unternehmer kapiert. Wir müssen die Unternehmen für den Wettbewerb fit machen. Dann können sie Arbeitsplätze schaffen. Für uns in der Union ist dieses Thema ganz wichtig, weil sozial gerecht ist, was Arbeit in unserem Land schafft. Dafür müssen wir alles tun.

(Beifall)

Ich habe gesagt, dass wir den Standort Deutschland stärken wollen. Bei diesem Punkt kommen wir auch auf ein Thema zu sprechen, das in den nächsten Tagen und

Wochen bei uns ansteht: Wir müssen die Pflegeversicherung fit machen. Bezüglich der Pflegeversicherung haben wir in der Koalitionsvereinbarung verankert, dass wir Kapitalelemente einführen wollen. Wir wollen in der Pflegeversicherung das Umlageverfahren zum ersten Mal durch kapitalgedeckte Elemente ergänzen. Auch dabei schauen die Sozialdemokraten ganz schön kritisch drein.

Ich rufe den Sozialdemokraten dann aber zu: In Ihrer Fraktion und in unserer Fraktion gibt es dazu eine Initiative der jungen Abgeordneten. Sie wollen, dass Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit stärker berücksichtigt werden, ja eventuell sogar ins Grundgesetz aufgenommen werden. Bevor wir darüber reden, Nachhaltigkeit im Grundgesetz zu verankern – wofür sich Sozialdemokraten erwärmen –, machen wir doch einmal Folgendes: Machen wir Nachhaltigkeit bei der Pflegeversicherung, die wir jetzt reformieren müssen, machen wir dort Generationengerechtigkeit, stellen wir dort mit Kapitalelementen sicher, dass auch die junge Generation, wenn sie die Pflegeversicherung braucht, Leistungen in Anspruch nehmen kann! Nicht zuerst ans Grundgesetz denken, sondern an das, was man real machen kann! Wir wollen eine Pflegeversicherung mit Kapitalrückstellungen – im Interesse der jungen Generation!

(Teilweise Beifall)

Das Dritte, was wir uns in der Fraktion vorgenommen haben: Wir wollen den Zusammenhalt der Menschen in unserem Land fördern. Da ist zunächst einmal die Familie. Die Familie ist die Einrichtung, die Institution, die den Zusammenhalt in unserem Land fördert wie keine andere. Die Familie ist oft bekämpft worden, von den 68ern vielfach als Auslaufmodell beschrieben worden. Doch wir haben erst heute Morgen gehört, was Ursula von der Leyen gesagt hat: Familie hat Zukunft. Familie ist etwas, das nicht die Politik macht, das nicht der Staat vorgibt. Familie gehört zu den Themen, die dem Staat vorgegeben sind und die wir pflegen müssen. Deshalb ist es richtig, dass wir mit Familienleistungen die Familien unterstützen und dass wir mit dem Elterngeld eine neue Möglichkeit gefunden haben, einen Anreiz zu schaffen für junge Leute, die Beruf und Familie miteinander vereinbaren wollen.

Ich bin der felsenfesten Überzeugung: Die Partei, die sich den Familien in besonderer Weise widmet, das wird die Partei sein, die auch Zukunft hat in unserem Land. Denn die Menschen wollen Familie und sie brauchen Familie. Sie wollen nicht vom Staat diktiert bekommen, wie sie leben sollen.

(Teilweise Beifall)

Warum ist es gut, wenn die Union regiert, und sei es in einer Großen Koalition? Nur ein Beispiel: Ohne uns wäre die Integration, ein Thema von dramatischer gesellschaftlicher Bedeutung – das ist auf diesem Parteitag wiederholt angesprochen worden –, nicht in den Mittelpunkt gerückt. Unsere Fraktion hat zur Förderung des Zusammenhalts den Integrationsgipfel vorgeschlagen, hat ihn erfunden. Wir haben mit unserem Positionspapier das angesprochen, was Maria Böhmer gesagt hat: Integration wendet sich an alle Menschen in unserem Land, die nicht in die Gesellschaft integriert sind: Das sind Kinder mit Migrationshintergrund, aber auch Kinder aus deutschen Familien.

Wir verlangen im Zusammenhang mit dem Integrationsgipfel, dass die deutsche Sprache gelernt wird – bereits im Kindergarten – und dass die Menschen sich in diesem Land, in dem sie leben, an das halten, was hier üblich ist. Deswegen hat Integration nicht nur etwas mit Kindergarten zu tun, sondern auch mit Integration in unsere Gesellschaft. Da sage ich: Die Regeln, die im Grundgesetz verankert sind und die in unserer Tradition gelten, gelten allgemein. Deswegen müssen alle diejenigen, die in unserem Land leben wollen, wissen, dass es ein paar Dinge gibt, an denen niemand vorbeikommt: So gilt in unserem Land die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Wer in diesem Land leben will, muss dieses wissen.

Deswegen werden wir den Frauen aus türkischen Familien dieselben Ausbildungsmöglichkeiten anbieten wie allen anderen auch, eben weil bei uns die Gleichberechtigung von Mann und Frau gilt. Nichts hat mich in den letzten Wochen stärker betroffen gemacht als das Gespräch mit einer jungen türkischen Frau, die zu mir gesagt hat: „Herr Kauder, Sie müssen alles dafür tun, dass auch wir Frauen uns in diesem Land frei entfalten können, Sie müssen alles dafür tun, dass Fememorde

konsequent bestraft werden und dass Zwangsverheiratungen verboten werden.“
Genau das haben wir auf den Weg gebracht.

(Teilweise Beifall)

Kein Satz hat mich mehr berührt als der Satz dieser jungen Frau: „Ich bin nicht die Ehre meiner Brüder, ich bin nicht die Ehre meiner Familie – ich bin selbständig, ich gehöre mir und ich will ein eigenständiges Leben führen.“ Das will die Christlich Demokratische Union diesen jungen Frauen ermöglichen. Deshalb dieser Integrationsgipfel. Da müssen wir mächtig vorankommen.

(Teilweise Beifall)

Der vierte Punkt: Wir schaffen innere Sicherheit. Innere Sicherheit zu schaffen, darauf hat Wolfgang Schäuble hingewiesen, heißt, sich einzugestehen: Wir können Innere und Äußere Sicherheit nicht mehr voneinander trennen. Wir haben ein Sicherheitspaket auf den Weg gebracht – mit der Antiterrordatei, mit der Videoüberwachung von Straßen und Plätzen –, an dem mancher herumgemurrt hat. Da muss ich sagen: Da, wo es um die Sicherheit der Menschen in diesem Land geht, da brauchen wir einen starken Staat – nicht wenn es um Bürokratie in wirtschaftlichen Fragen geht. Deswegen ist es richtig, was der Innenminister mit dem Konzept zur Bekämpfung von Terrorismus vorgelegt hat. Wir wissen doch genau, dass wir Terrorismus nicht mehr ausschließlich in unserem Land bekämpfen können. Deshalb ist es richtig, wenn wir mit der Bundeswehr auch an Brennpunkten im Einsatz sind, wo wir Hilfe leisten können, damit Waffenstillstand und Frieden eintreten. Die Bundeskanzlerin hat deshalb mit Recht davon gesprochen, dass wir die Bundeswehr einsetzen müssen, dass wir unseren Beitrag leisten müssen. Umso dankbarer sind wir, Franz Josef Jung, dass nicht nur darüber diskutiert wird, wo wir die Bundeswehr noch einsetzen, sondern dass es auch Zeichen gibt, dass die Bundeswehr wieder abziehen kann: aus Bosnien und dem Kongo. Herzlichen Dank dafür, dass wir sehen: Es gibt auch Abzug, nicht nur Einsatz.

(Teilweise Beifall)

Wir müssen intensiv darüber diskutieren, wie wir für überall dort, wo die Bundeswehr eingesetzt wird, auch Strategien für politische Maßnahmen entwickeln. Ich rate deshalb, jetzt nicht wie die SPD eine Diskussion darüber zu führen, wo wir uns überall stärker engagieren müssten, etwa in Afrika. Da müssen wir sehr vorsichtig sein; das ist nicht das Thema. Wir müssen uns genau überlegen: Wo können wir welchen Beitrag leisten? Machen wir es dort, wo wir sind, richtig und konsequent! Doch wir können nicht an allen Punkten der Welt sein; dazu reicht die Kapazität der Bundeswehr nicht. Wir lassen uns von den Sozis noch lange nicht treiben, wo wir überall hin müssten.

(Teilweise Beifall)

Neben den Punkten, die ich angesprochen habe und um die wir uns in der Fraktion kümmern, gibt es ein zentrales Thema, das die Bundeskanzlerin gestern angesprochen hat und mit dem wir uns intensiv befassen müssen. Viele Fragen, die wir auch auf diesem Parteitag angesprochen und diskutiert haben, sind wichtig und sind richtig. Aber sie werden klein gegenüber einem Thema, das uns alle bewegt: der Globalisierung. Wenn wir die Globalisierung nicht bestehen, werden Fragen der Krankenversicherung und der Pflegeversicherung in den Hintergrund treten. Deswegen müssen wir uns der Globalisierung stellen. Sich der Globalisierung zu stellen heißt: Wir können uns nicht abschotten. Die Globalisierung hat kein Mitleid. Wir können uns nicht einfach zurückziehen, eine Grenze ziehen. Die Globalisierung zu bestehen heißt, den Wettbewerb anzunehmen. Das heißt auch, dass wir nicht immer mehr Geld in die Hand nehmen können, um den sozialen Status abzusichern. Wir müssen dafür sorgen – das hat etwas mit sozialer Gerechtigkeit zu tun –, dass wir in diesem Land wieder eine Chancen-, eine Aufstiegs-gesellschaft werden. Dafür müssen wir Geld in die Hand nehmen. Nur wenn wir Aufstiegschancen ermöglichen, können wir alle Menschen mitnehmen und ihnen ein Leben in Sicherheit garantieren.

(Teilweise Beifall)

Ich will kurz vier Punkte ansprechen, um die es bei der Globalisierung geht:

Erstens. Wir brauchen eine dynamische Gesellschaft. In einem Land, in der die Gesellschaft älter wird, heißt dynamische Gesellschaft: Wir brauchen vor allem eine junge Gesellschaft, die diese Herausforderungen annimmt. Das heißt wiederum, wir müssen alles dafür tun, dass Bildung und Ausbildung vorankommen. Wir haben als einzige Ressource eine gut ausgebildete junge Generation. Deswegen muss es uns doch große Sorge machen, dass wir 250 000 junge Menschen haben, die keinen Ausbildungsplatz oder Arbeitsplatz haben. Diesen Menschen noch mehr Hartz-IV-Leistungen zu geben, löst doch das Problem nicht. Deswegen haben wir als Fraktion gesagt: Wir wollen, dass diese jungen Menschen einen Anreiz bekommen, sich weiterzubilden, fortzubilden und in Arbeit zu gehen. Wir müssen diesen jungen Menschen Anreize bieten, den Aufstieg zu schaffen, statt dort zu bleiben, wo sie sind. Dies geschieht durch Bildung, Ausbildung und Möglichkeiten, in Arbeit zu kommen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Zweitens brauchen wir eine gute und sichere Energieversorgung. Viele, die meinen, Energieversorgung könne man nebenbei sicherstellen, werden sich noch wundern, was das für ein Thema wird. Die Bundeskanzlerin hat es gestern angesprochen. Wir lesen heute mit großem Interesse und großer Sorge in einer Tageszeitung, dass Gasprom gesagt hat, der Gaspreis in Europa werde im nächsten Jahr um 15 Prozent steigen. Liebe Freundinnen und Freunde, wir müssen alles dafür tun, dass Energie sicher verfügbar, aber auch bezahlbar bleibt. An den Energiekosten in unserem Land darf sich keine neue soziale Frage entfalten. Es darf nicht sein, dass die Einen es bezahlen können und die Anderen nicht mehr.

(Beifall)

Deswegen müssen wir alles daransetzen, die Energieversorgung sicherzustellen.

Wir müssen unsere Abhängigkeit bei der Energie reduzieren. Wir sind als Union für die erneuerbaren Energien. Wir werden im nächsten Jahr, 2007, das Erneuerbare-Energien-Gesetz auf den Prüfstand stellen, um zu sehen, welche Formen sich bewährt haben und was weiter passieren muss.

Wir sind dafür, dass die regenerativen Energien ausgebaut werden und fördern dies auch. Wir sind auch dafür, die Energieeffizienz und das Energiesparen zu verstärken. Aber, liebe Freundinnen und Freunde, wir müssen den Menschen auch die Wahrheit sagen. So notwendig all diese Maßnahmen auch sind, wir werden damit nicht die notwendige Energieversorgung im Wettbewerb mit den großen Playern wie Indien und China sicherstellen können, wenn wir ein wettbewerbsfähiges Industrieland bleiben wollen.

Wir können zwar das ganze Land zu einem Propellerpark machen und überall Windparks errichten, aber auch das wird nicht ausreichen. Ich stehe zwar zur Koalitionsvereinbarung, aber auf einem Parteitag muss auch klar und deutlich gesagt werden, was wir machen, wenn wir in einer anderen Koalition sind. Mit Blick auf den Klimawandel und die Abhängigkeit bei der Energie weiß ich ganz genau, dass wir auf absehbare Zeit nicht auf die Kernenergie in unserem Land verzichten können.

(Beifall)

Wenn es um die Preise geht, dann ist es doch ein absoluter Wahnsinn, ein volkswirtschaftliches Vermögen, das in der Kernenergie steckt, auf diese Art und Weise zu vernichten. Deswegen kann ich nur hoffen, dass es uns gelingt, dass wir in dieser Legislaturperiode kein Kernkraftwerk abschalten müssen.

(Beifall)

Der dritte Punkt, den ich anspreche, hat ganz zentral mit uns, der Christlich Demokratischen Union, zu tun. Wir werden den globalen Wettbewerb nur dann bestehen, wenn wir den Mut haben, uns auch zu unseren Positionen zu bekennen. Unsere Position heißt, dass wir Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes machen. Das heißt zunächst einmal, dass wir all denjenigen, die es im Zuge der Globalisierung schwer haben, ihren Arbeitsplatz zu behalten, sagen: Wir sichern euch ab; ihr habt soziale Sicherheit.

Liebe Freundinnen und Freunde, wir brauchen uns doch nicht zu verstecken. In keinem anderen Land der Welt wird so viel für soziale Sicherheit ausgegeben wie in der Bundesrepublik Deutschland. Das hat doch auch etwas mit uns zu tun. Die allermeisten sozialen Sicherungssysteme sind in Zeiten der Regierung von CDU/CSU geschaffen worden. Wir brauchen uns nicht von irgendjemand vorhalten zu lassen, dass wir zu wenig für die Sicherheit der Menschen in unserem Land tun.

(Beifall)

Man kann zwar immer noch mehr tun, aber es wäre völlig falsch, wenn wir als Union draußen im Land erzählen würden, wir seien ein Land, in dem die Menschen keine Sicherheit haben.

(Beifall)

Aber ich sage auch klar: Wir brauchen nicht nur den Mut, die soziale Sicherheit und den Aufstieg zu garantieren, sondern wir brauchen auch den Mut, klar und deutlich zu sagen, was unsere Positionen sind. Dazu gehört auch das Bekenntnis zu dem, was unser Land ausmacht. Deshalb sagen wir den Türken, wenn wir darüber diskutieren, wie es mit der Türkei weitergeht – das hat mit dem mutigen Vertreten seiner eigenen Meinung zu tun –: Wir erwarten von all denjenigen, die die Religionsfreiheit in unserem Land in Anspruch nehmen und ihre Moscheen in diesem Land bauen können – was in Ordnung ist –, dass sie, wenn sie nach Europa schauen, es dann auch zulassen – sie müssen es ja nicht fördern, aber sie sollten es wenigstens zulassen –, dass Christen in der Türkei ihre Kirchen bauen können.

(Beifall)

Nur derjenige wird in der Globalisierung und im Dialog wirklich ernst genommen, der sich auch zu seinen Positionen bekennt. Ich möchte, dass wir dies tun.

Liebe Freundinnen und Freunde, ich möchte noch einen letzten Punkt ansprechen. Wir werden die Globalisierung nur dann gewinnen, wenn wir die Kräfte bündeln. Deshalb ist es richtig, dass wir zunächst einmal die Europäische Union stark

machen. Wir brauchen die Europäische Union. Denn eine Nation allein wird diesen Wettbewerb nicht gewinnen. Deshalb ist es richtig, dass wir uns darüber Gedanken machen, wie die Europäische Union in Zukunft aussehen soll. Dabei halte ich den Grundsatz für völlig richtig, nach dem wir auch in der Bundestagsfraktion arbeiten: Es kommt bei der Europäischen Union nicht darauf an, wer Mitglied werden will, sondern es kommt entscheidend darauf an, welche Aufnahmekapazitäten wir haben.

(Beifall)

Nur so bleiben wir stark und nur so können wir im globalen Wettbewerb handeln.

Die Kräfte bündeln heißt auch, dass wir Europa, die Vereinigten Staaten und Kanada in einer Gemeinschaft zusammenführen, um so den Wettbewerb besser bestehen zu können. Liebe Freundinnen und Freunde, ich bin sicher, dass das Thema globaler Wettbewerb und die Frage, wie wir darauf reagieren müssen, uns in den nächsten Wochen, Monaten und Jahren noch viel mehr beschäftigen, als wir heute glauben. Wir müssen den Menschen Mut machen, diesen Wettbewerb zu bestehen.

Ich glaube, wir sind die einzige Partei – die christlichen Demokraten und die Christlich-Soziale Union –, die das Zeug dazu hat, den Menschen Mut zu machen. Das ist unser Leitbild auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes.

Das gesellschaftliche Bild der CDU ist die Aufstiegsgesellschaft. Dafür müssen wir alles tun. Wir wollen eine Aufstiegsgesellschaft, die jedem in unserem Land eine Chance gibt, die solidarisch gegenüber denen ist, die den Aufstieg aus eigener Kraft nicht schaffen, die niemanden ins Bodenlose fallen lässt, die in Köpfe und Fähigkeiten investiert, die den zur Freiheit berufenen Menschen ernst nimmt und die sich nicht als Gemeinschaft der Egoisten, sondern als Zukunftsgemeinschaft begreift.

Liebe Freundinnen und Freunde, diese Große Koalition war nicht unsere Wunschkoalition. Wir haben ein Parteiprogramm, ein Wahlprogramm für eine ganz andere Konstellation geschrieben. Aber wir sind dann diese Koalition eingegangen. Wir tragen jetzt eine große Verantwortung dafür, dass die Menschen an der Politik nicht irrewerden und verzweifeln, sondern erkennen: Die Großen machen jetzt

zusammen das, was möglich ist, und sie bringen das Land voran. Die Menschen müssen Vertrauen in die Demokratie gewinnen.

Wenn wir diese Große Koalition nur zu einer Krawallinstitution machen würden, dann würden die Menschen an der Demokratie irrewerden. Deswegen machen wir, die Bundestagsfraktion, in der Koalition unsere Arbeit. Wir werden dafür sorgen – das sage ich Ihnen zu –, so viele unserer Vorstellungen wie möglich umzusetzen.

Auf Parteitag sagen wir, was wir machen werden, wenn wir nicht mehr in der Großen Koalition sind. Wir verlieren als CDU und als CSU in dieser Großen Koalition nicht den Kompass, wir verlieren nicht unsere Ziele aus den Augen, wir verlieren nicht unsere Werte und Überzeugungen.

Liebe Freundinnen und Freunde, diese Große Koalition ist ein Bündnis auf Zeit. Die CDU ist aber zeitlos, die zeitlose Volkspartei der Mitte. Dafür brauchen wir Sie, unsere Mitglieder, und Sie, unsere Delegierten. Wir in der Fraktion gehen selbstbewusst an unsere Arbeit, getragen von unserer Partei, von unseren Überzeugungen und mit dem festen Willen, für diese Regierung, für Angela Merkel und für unser Vaterland erfolgreich zu arbeiten.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Ich danke unserem Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder für seine engagierte Rede und für die klare Führung der größten Fraktion im Deutschen Bundestag. Wir in der Bundestagsfraktion sind froh, dass Volker Kauder unser Vorsitzender ist. Recht herzlichen Dank.

(Beifall)

Liebe Freunde, eine lieb gewordene Tradition und ein Höhepunkt unseres zweiten Plenartages ist das Grußwort des Vorsitzenden der CSU. Wir freuen uns auf die Rede von Ministerpräsident Edmund Stoiber.